

News Archiv 2021

2021-04-07 13:15

[SPÖ fordert Grunderneuerung der ÖBAG](#)

SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried fordert eine „grundlegende Erneuerung“ der staatlichen Beteiligungsgesellschaft ÖBAG. Dazu zählt er ein verpflichtendes öffentliches Hearing für die Kandidaten für einen neuen Vorstand, zwei Vorstände statt eines Alleinvorstands (mit Vieraugenprinzip), eine Deckelung des Gehalts des ÖBAG-Vorstands mit dem Gehalt des Bundeskanzlers und ein Privatisierungsverbot.

„Es muss in Zukunft verhindert werden, dass in Hinterzimmern und in WhatsApp-Nachrichten Ausschreibungen gezimmert werden und dann zum Beispiel internationale Erfahrung als Voraussetzung einfach rausgestrichen wird. Die Qualifikationskriterien müssen im Gesetz festgeschrieben werden“, so Leichtfried.

Schmid lässt Vertrag auslaufen

Nach der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung der ÖBAG ist seit gestern Abend fix: Der durch Chat-Protokolle rund um seine Bestellung unter Druck geratene Alleinvorstand Thomas Schmid wird seinen bis März 2022 geltenden Vertrag auslaufen lassen. Nun wird ein Nachfolger gesucht.

[Read more ... SPÖ fordert Grunderneuerung der ÖBAG](#)

2021-04-07 12:40

[Gewerkschaft wirbt für Betriebsratsgründungen](#)

Mit einer Kampagne unter dem Titel „Sei du die starke Stimme!“ wirbt der Österreichische

Gewerkschaftsbund (ÖGB) für die Gründung von Betriebsräten. Gerade die CoV-Krise mit Homeoffice und Kurzarbeit habe gezeigt, wie wichtig ein solcher in den Betrieben für die Arbeitnehmer sei, sagte Barbara Teiber, Vorsitzende der Privatangestellten-Gewerkschaft GPA, heute in einer Pressekonferenz.

Bei Verhandlungen sitze in der Regel der Arbeitgeber am längeren Ast. Betriebsräte glichen das gemeinsam mit der Gewerkschaft aus, so Teiber. Komme es zu großflächigen Kündigungen oder einer Insolvenz, sei ein Betriebsrat von unschätzbarem Wert, etwa bei der Ausarbeitung eines Sozialplans.

Von der wichtigsten Basis für die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung sprach auch ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: „Wir haben gerade in den vergangenen Jahren erlebt, dass die betriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmung nicht in Stein gemeißelt ist. Sie muss immer wieder neu erarbeitet und verteidigt werden. Das schaffen wir nur mit starken, engagierten Betriebsräten.“

Kampagne inklusive Onlineumfrage

Mit der nun gestarteten Kampagne will der ÖGB die Anzahl der Betriebsratskörperschaften in Österreich deutlich steigern. Derzeit gibt es solche in rund 60 Prozent der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten; rund zwei Millionen Arbeitnehmer werden vertreten. Künftig sollen es um 50.000 mehr sein.

Den Anfang macht dabei eine Umfrage unter [Mir-reichs.at](https://www.mir-reichs.at), mit der man herausfinden will, wo bei den Arbeitnehmern der Schuh drückt. Im Mai sollen Interessierte dann bei der Gründung begleitet werden.

Eva Zeglovits, Geschäftsführerin des Meinungsforschungsinstituts IFES, ortete Indizien dafür, dass Unternehmen mit gut eingebundenen Betriebsräten Krisenzeiten in der Regel besser überstehen. Beim „Strukturwandelbarometer 2021“ – einer Studie im Auftrag des ÖGB und der Arbeiterkammer, an der 2.100 Betriebsräte teilnahmen – hätten acht von zehn Betriebsratsmitgliedern gesagt, dass sie gut in die Entscheidungen zu den CoV-Maßnahmen eingebunden worden seien.

[Read more ... Gewerkschaft wirbt für Betriebsratsgründungen](#)

2021-04-06 15:00

[Außerordentliche ÖBAG-Aufsichtsratssitzung zu Schmid](#)

Nach den umstrittenen Chats von ÖBAG-Chef Thomas Schmid mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel (beide ÖVP) und zahlreichen Rücktrittsaufforderungen an Schmid tagt heute der Aufsichtsrat der Staatsholding ÖBAG in einer außerordentlichen Sitzung, bestätigt die Staatsholding heute einen Bericht des „trend“ und des Ö1-Mittagsjournals. Details wurden keine genannt,

die Besprechung habe erst begonnen.

„Krone“ und „Standard“ berichteten mit Verweis auf Insiderinformationen, dass Schmid seinen Vertrag auslaufen lassen wolle und damit spätestens mit März 2022 aus dem Amt scheiden würde.

SPÖ, FPÖ und NEOS hatten in den vergangenen Tagen wiederholt den Rücktritt von Schmid gefordert, er sei in der Funktion nach all den Vorwürfen rund um Postenschacher in der Staatsholding nicht mehr tragbar. Blümel als Eigentümerversorger der Republik bei der ÖBAG verwies auf den Aufsichtsrat, der Schmid zuletzt das Vertrauen ausgesprochen hatte. Auch die Grünen hatten Kritik an Schmid geübt, vermieden aber eine Rücktrittsaufforderung.

Schmid-Chats wirbeln Staub auf

Schmid wird zum engeren Umfeld von Kanzler Kurz gezählt. „Du bist Familie“, soll ihm Finanzminister Blümel einmal geschrieben haben. Vor seiner Bestellung zum ÖBAG-Vorstand soll Schmid den Kanzler gebeten haben, ihn „nicht zu einem Vorstand ohne Mandate“ zu machen.

Die Antwort von Kurz: „Kriegst eh alles, was du willst.“ Als dann die gesetzliche Grundlage für den neuen Job in der ÖBAG gegeben war, habe Blümel – damals Kanzleramtsminister – an Schmid geschrieben: „Schmid AG fertig“.

Die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) verwaltet die Anteile des Staates an wichtigen börsennotierten Firmen wie OMV, Telekom Austria, Post und Verbund. Die ÖBAG managt somit über 26 Mrd. Euro Staatsvermögen, das sind fast 3.000 Euro pro Einwohner.

[Read more ... Außerordentliche ÖBAG-Aufsichtsratssitzung zu Schmid](#)

2021-03-27 13:43

Schwere AK-Vorwürfe gegen Hygiene Austria

Durch das systematische Unterlaufen von Kollektivverträgen über die Beauftragung von Leiharbeitsfirmen hat der Schutzmaskenhersteller Hygiene Austria nach heutigen Angaben der Arbeiterkammer (AK) einen Schaden von mehreren hunderttausend Euro verursacht.

Die AK Wien forderte in diesem Zusammenhang die Schließung gesetzlicher Lücken, die solche Praktiken

möglich machen. Konkret sprach sich AK-Wien-Direktor Christoph Klein für die Einführung einer Generalunternehmer-Haftung auch für Löhne aus, wie es sie schon bei der Sozialversicherung gibt.

Über 70 Betroffene bereits bekannt

Die Arbeit beim FFP2-Schutzmaskenhersteller Hygiene Austria – einer Tochter von Lenzing und Palmers – „ist in einer Weise organisiert worden, die uns an Praktiken erinnert hat, die wir sonst nur aus gewissen Bereichen der Bauwirtschaft kennen“, sagte Klein.

Es würden Leiharbeitsfirmen beauftragt, die selbst wieder Subunternehmen beauftragen, bis zum Schluss „zweifelhafte Firmen zum Zug kommen, die dann die gewünschte billige Arbeitskraft zur Verfügung stellen“.

Entlohnt werde den Vorwürfen zufolge dann oft unter dem Kollektivvertrag, teilweise würden die Arbeitnehmer ohne Anmeldung zur Sozialversicherung beschäftigt, oder es würden keine Steuern und Abgaben bezahlt.

Bis gestern Nachmittag hätten sich bei der Arbeiterkammer 71 Personen gemeldet, die unterbezahlt worden seien, und „täglich kommen weitere Arbeitnehmer dazu“, berichtete Andrea Ebner-Pfeifer, Arbeitsrechtsexpertin der AK Wien. Wie viele insgesamt betroffen seien, könne man noch nicht abschätzen.

[Read more ... Schwere AK-Vorwürfe gegen Hygiene Austria](#)

2021-03-25 12:47

[FSG Wimmer zu FFP2-Maskenpflicht: Bezahlte Freistellung von Schwangeren gefordert](#)

Frauenministerin Raab muss Druck machen – Gesundheit muss über Profitinteressen stehen

„Wenn die generelle FFP2-Maskenpflicht in Innenräumen kommt, dann muss es für schwangere Arbeitnehmerinnen eine sofortige bezahlte Freistellung geben“, betont der Bundesvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Rainer Wimmer. Er verweist darauf, dass Schwangere nicht ohne Grund von der Tragepflicht einer FFP2-Maske ausgenommen wurden. „Es ist Schwangeren schlicht nicht zumutbar, bis zu acht Stunden eine FFP2-Maske zu tragen. Anders können sie sich aber nicht im gleichen Ausmaß wie ihre KollegInnen schützen. Um werdende Mütter keinem Risiko auszusetzen, gibt es daher nur die Möglichkeit einer Freistellung“, sagt Wimmer.

Er fordert die Regierung auf, in dieser Frage im Sinne der Frauen zu entscheiden und sich nicht dem

Druck der Wirtschaftsvertreter zu beugen. „Hier muss die Gesundheit der Frauen und Kinder über den Profitinteressen einzelner Unternehmen stehen. Vor allem von Frauenministerin Raab erwarte ich mir, dass sie sich in dieser Frage auf die Seite der Schwangeren stellt und bei den eigenen Parteiländern und beim Koalitionspartner Druck macht, um eine gute Lösung für die betroffenen Frauen zu finden“, so der FSG-Vorsitzende.

[Read more ... FSG Wimmer zu FFP2-Maskenpflicht: Bezahlte Freistellung von Schwangeren gefordert](#)

2021-03-19 13:19

[FSG-Wimmer: Sozialdemokratische GewerkschafterInnen unterstützen „Aktion 40.000“!](#)

Selbst in dieser Jahrhundertkrise hat die ÖVP nichts für ArbeitnehmerInnen übrig

„Die Bundesregierung unter Kanzler Kurz vermasselt gerade so ziemlich alles, was man gegenwärtig in dieser Krise eigentlich tun müsste“, stellt Rainer Wimmer, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB, fest. „Wie man als ÖVP in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit im Nationalrat gegen eine Joboffensive zur Schaffung von Arbeitsplätzen stimmen kann, ist nicht nur unerklärlich, sondern auch verantwortungslos. Die Strategie der türkisen ÖVP hat immer die Schlagzeilen des nächsten Tages stärker im Blick als jene Menschen, die sich von der Politik Hilfe und Unterstützung erwarten. In Wahrheit ist das ein Armutszeugnis für den Kanzler und zeigt, dass er mit der Situation völlig überfordert ist. Da hilft es auch nichts, wenn er versucht, seine Verantwortung ständig auf andere abzuschieben. Das wird den Betroffenen jetzt auch immer mehr bewusst“, sagt Wimmer.

Durch die Corona-Krise ist die Arbeitslosigkeit explodiert. Eine halbe Million Menschen sucht einen Arbeitsplatz und die Kurz-ÖVP lässt das kalt. Ein Drittel der Betroffenen sucht mittlerweile seit einem Jahr nach einem neuen Job. Das in Österreich viel zu geringe Arbeitslosengeld reicht kaum mehr aus, um nach so langer Zeit die Lebenshaltungskosten bezahlen zu können. „Während Unternehmen – zwar auch nicht treffsicher, aber immerhin – mit Corona-Millionen unterstützt werden, lässt die Regierung betroffene Menschen im Regen stehen“, kritisiert Wimmer.

Damit bleibe die ÖVP mit ihrer Ablehnung vernünftiger Arbeitsmarktprogramme selbst in dieser Jahrhundertkrise von ihrer Ideologie getrieben: In Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit steigt der Druck auf Löhne und Gehälter. Arbeitsuchende Menschen werden so genötigt, zu geringeren Löhnen und Gehältern eine Arbeit anzunehmen. Wer davon profitiert? Klarerweise die Unternehmer, die so ihre Profite steigern können. Wer dabei draufzahlt? Alle ArbeitnehmerInnen – auch jene, die einen Job haben, denn auch sie können durch billigere Arbeitsuchende ersetzt werden.

„Die Kanzlerpartei hat nichts für ArbeitnehmerInnen übrig, sondern bedient nur ihre eigene Klientel – die Konzerne, die Landwirtschaft, die Immobilienwirtschaft und ihre Großspender. Sie sind es auch, die

während der Krise noch reicher geworden sind, während viele ArbeitnehmerInnen und ihre Familien mit Einkommensverlusten leben müssen“, sagt der FSG-Vorsitzende. Die Grünen können dem nichts entgegenhalten.

Daher unterstützen die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen die von SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch initiierte BürgerInneninitiative „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“. Mit der Initiative sollen 40.000 existenzsichernde Arbeitsplätze ab 30 Wochenstunden in öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen und Dienstleistungsverbänden geschaffen werden, um ohnehin bestehenden Bedarf auf regionaler bzw. kommunaler Ebene abdecken zu können. Damit könnten auch die Gemeinden unter anderem bei der logistischen Bewältigung der Coronavirus-Pandemie unterstützt werden.

Mit zusätzlichen Arbeitsplätzen werde auch die Kaufkraft gestützt und der Aufschwung beschleunigt. Die Kosten dafür würden in etwa so viel ausmachen, wie die ÖVP-geführte Bundesregierung in ihre Eigenwerbung steckt. Wimmer appelliert daher an die BürgerInnen, mit ihrer Unterschrift die „Aktion 40.000“ jetzt zu unterstützen. Wenn genügend Unterschriften gesammelt werden, kann die BürgerInneninitiative im Nationalrat eingebracht werden und dann muss sich auch die Bundesregierung unter Kanzler Kurz damit auseinandersetzen – ob sie will oder nicht.

„Wir werden den Druck jedenfalls weiter erhöhen“, sagt Wimmer abschließend und setzt auf eine breite Unterstützung der Bevölkerung: „Wer die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt allmählich satt hat, muss jetzt für eine Joboffensive auftreten!“

[Read more ... FSG-Wimmer: Sozialdemokratische GewerkschafterInnen unterstützen „Aktion 40.000“!](#)

2021-03-19 10:17

[FSG-Meidlinger: Rassismus ist dumm, krank und gefährlich](#)

Betroffene beschützen und unterstützen – aber trotzdem den Dialog suchen

„Es genügt nicht, sich von Rassismus abzugrenzen und diesem Wahnsinn eine Absage zu erteilen. So schwer es fällt: Wir müssen auch mit den AnhängerInnen derartiger verdrehter Denkmodelle den gesellschaftlichen Dialog suchen - oder sie werden sich völlig in ihre Parallelwelten zurückziehen“, sagte heute, Freitag, Christian Meidlinger, Vorsitzender der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft anlässlich des internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März.

„Von Rassismus betroffene Menschen brauchen Schutz und bestmögliche Unterstützung, genau wie alle anderen sozial benachteiligten oder schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen“, stellte Meidlinger klar. Er hoffe sehr, dass die Bundesregierung „nicht den traurigen Mut haben wird, sich am Tag gegen Rassismus zu Wort zu melden, ohne die Aufnahme von zumindest 100 Flüchtlingskindern anzukündigen, die auf griechischen Inseln unter unzumutbaren Bedingungen in Zelten zusammengepfercht sind“.

„Die wirksamste Waffe gegen Rassismus ist und bleibt die Aufklärung. Toleranz lässt sich nicht von oben

verordnen. Schon in den Schulen müssen daher die Gleichberechtigung der Menschen, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die internationalen Menschenrechte prominent auf dem Lehrplan stehen“, stellte der Bundesgeschäftsführer der FSG in der younion, Erich Kniezanrek, klar.

[Read more ... FSG-Meidlinger: Rassismus ist dumm, krank und gefährlich](#)

2021-03-14 15:25

[SPÖ mit Bürgerinitiative für Job-„Aktion 40.000“](#)

Nach der Ablehnung des Antrags zur Einführung der „Aktion 40.000“ im Nationalrat durch ÖVP und Grüne starten nun zwei SPÖ-Abgeordnete eine Bürgerinitiative für die Beschäftigungsaktion für Langzeitarbeitssuchende. Die parlamentarische Bürgerinitiative „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ soll die Einführung der Joboffensive unterstützen, so SPÖ-Kommunalsprecher Andreas Kollross und SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch heute.

„In Österreich hatten im Februar eine halbe Million Menschen keinen Job. 140.000 davon sind bereits seit über einem Jahr beschäftigungslos. Während diese Menschen von Ausgrenzung und Armut betroffen sind, steckt die Bundesregierung den Kopf in den Sand“, kritisierte Muchitsch in einer Aussendung.

Mit der Aktion sollen 40.000 existenzsichernde Arbeitsplätze ab 30 Wochenstunden in öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen und Dienstleistungsverbänden geschaffen werden, um regionalen bzw. kommunalen Bedarf abzudecken.

Sind genügend Unterschriften gesammelt, könne die Bürgerinitiative im Parlament eingebracht und dann auch über die Parlamentshomepage elektronisch unterstützt werden.

[Read more ... SPÖ mit Bürgerinitiative für Job-„Aktion 40.000“](#)

2021-03-08 11:00

[Nationalrat: „Dringliche“ der SPÖ für Frauenförderung](#)

Erstmals wird der Internationale Frauentag mit einer Sondersitzung des österreichischen Nationalrats begangen. Die Coronavirus-Pandemie laste besonders auf den Schultern der Frauen, meint die SPÖ in ihrem Dringlichen Antrag an die Regierung. Gefordert werden unter anderem ein Konjunkturpaket unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen von Arbeitnehmerinnen und eine Unterhaltsgarantie.

In dem von Parteichefin Pamela Rendi-Wagner gezeichneten Antrag wird darauf verwiesen, dass Frauen sehr oft in systemrelevanten, schlecht bezahlten Berufen die Grundversorgung der Gesellschaft aufrechterhielten: „Sie sind im Krankenhaus, auf der Intensivstation, im Pflegeheim und im Supermarkt tätig und müssen zugleich noch mehr als sonst die unbezahlte Sorgearbeit zu Hause leisten.“

Dazu würden Frauen auf dem Arbeitsmarkt besonders hart getroffen. Sowohl die Arbeitslosigkeit insgesamt als auch die Langzeitarbeitslosigkeit im Speziellen nähmen bei Frauen stärker als bei Männern zu, schreibt der SPÖ-Klub und beklagt, dass die Regierung dabei nur zusehe und die Frauen im Regen stehen lasse.

Zunahme der Anrufe bei Frauenhelpline

Auch die psychische Gesundheit der Frauen leide mehr als die der Männer. Die SPÖ führt das darauf zurück, dass Frauen durch Homeschooling in Verbindung mit Homeoffice stärker gefordert gewesen seien. Ökonomisch und psychisch besonders betroffen seien hier Alleinerzieherinnen.

Schließlich führe die Krise zu Existenzsorgen und Überlastung, die sich in einer weiteren Zunahme häuslicher Gewalt äußerten. Bei den Anrufen der Frauenhelpline habe es eine Zunahme von 40 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr gegeben.

Die Forderungsliste der SPÖ ist umfassend. Verlangt werden etwa ein höheres Arbeitslosengeld, gezielte Frauenarbeitsmarktförderungen, mehr Geld für Gewaltschutz und Kinderbetreuungseinrichtungen, ein Soforthilfepaket für Alleinerziehende sowie Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation von Einpersonenernehmern.

[Read more ... Nationalrat: „Dringliche“ der SPÖ für Frauenförderung](#)

2021-03-08 09:40

[SPÖ kritisiert explodierende Werbeausgaben der Koalition](#)

Die SPÖ wirft der Koalition aus ÖVP und Grünen überbordende Ausgaben für Inserate, Werbe- und

Informationskampagnen vor. Rund 73 Mio. Euro seien es im Vorjahr insgesamt gewesen, zählte der stellvertretende Klubchef Philip Kucher aus den Beantwortungen seiner Anfragenserie an alle Ressorts zusammen.

Pro Tag mussten die Steuerzahler damit circa 200.000 Euro für Werbung und PR der Regierung springen lassen. Die Regierung verwies bei Kritik schon in der Vergangenheit stets auf die besonderen Umstände der CoV-Pandemie.

Drei Jahr davor: 27 Millionen

Im Vergleich zu den 73,03 Mio. Euro 2020 gab das Kabinett Kurz/Strache 2018 in seinem letzten vollen Jahr nur 44,81 Mio. Euro aus. 2017, noch unter SPÖ-Kanzler Christian Kern, verwendete die rot-schwarze Regierung gar nur rund 27 Mio. Euro für Werbung und PR. Die höchsten Ausgaben entfielen im Pandaemiejahr 2020 mit 27,73 Mio. Euro auf das Bundeskanzleramt, so die SPÖ. 2018 hatte dieses nur 5,6 Mio. Euro ausgegeben.

Scharfe SPÖ-Kritik

Kucher erinnerte laut APA an die bis 2024 insgesamt veranschlagten 210 Mio. Euro der Regierung für Eigenwerbung und PR. „Gerade in der Corona-Krise, wo aktuell Hunderttausende Menschen um ihren Job bangen, kann es nicht sein, dass im türkisen System Geld scheinbar keine Rolle spielt“, sagte er.

Enttäuschend sei, dass das unter grüner Regierungsbeteiligung schlimmer geworden sei. „Wir haben jetzt das Jahr der teuersten Regierungswerbung aller Zeiten“, kommentierte er.

[Read more ... SPÖ kritisiert explodierende Werbeausgaben der Koalition](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [3](#)
- [4](#)
- [5](#)
- 6
- [7](#)
- [8](#)
- [9](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)

